

C009: Privatisierung im Bildungsbereich eindämmen

Laufende Nummer: 030

Antragsteller/in:	DGB-Bundesjugendausschuss
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	C - Wirtschaft im Wandel und der handlungsfähige Staat
Zusammenfassung der Änderungsempfehlungen	Zeile 4: Ersetzung Zeile 10 - 12: Streichung Zeile 19: Ergänzung Zeile 23 - 24: Streichung Zeile 25: Ergänzung

Privatisierung im Bildungsbereich eindämmen

Der DGB-Bundeskongress beschließt:

- 1 Ein gut ausgestattetes Bildungssystem und kostenfreie Bildungsangebote sind Grundvoraussetzung
- 2 dafür, dass Bildung einen zentralen Beitrag zu einer sozialen, demokratischen und inklusiven
- 3 Gesellschaft leisten kann.
- 4 Der Staat hat die Aufgabe, das Recht auf Bildung ~~bundesweit~~ unabhängig vom Geldbeutel der Eltern
- 5 abzusichern. Die schlechte finanzielle
- 6 Ausstattung des gesamten Bildungssystems hat der Privatisierung in diesem Bereich Vorschub
- 7 geleistet.
- 8 Private Schulen und Hochschulen sind auf dem Vormarsch, öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP)
- 9 zwischen Schulen/Hochschulen und Unternehmen nehmen zu und erfolgreiche Arbeitgeberlobbyarbeit z.B.
- 10 in Baden-Württemberg hat zur Einführung des Faches Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung (WBS)
- 11 zunächst ohne Beteiligung von Gewerkschaften und Fachverbänden geführt. ~~Die zunehmende~~
- 12 ~~Privatisierung~~
- 13 ~~organisiert das Bildungswesen nach einer „zwei-Klassen-Logik“, lässt Bildungsgebühren vermeintlich~~
- 14 ~~salonfähig erscheinen und widerläuft dem gewerkschaftlichen Anspruch auf „gute Bildung für alle“.~~
- 15 Der DGB fordert deshalb deutlich mehr Investitionen in Bildung! Die staatlichen Bildungsausgaben
- 16 sollten mindestens den OECD-Durchschnitt erreichen und das Bildungssystem von der Kita bis zur
- 17 Hochschule finanziell deutlich besser ausgestattet werden. Bildungsgebühren lehnen wir ab.
- 18 **Wir fordern:**
- 19 • das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern abzuschaffen.
- 20 • die öffentliche Bildung zu stärken und Privatisierung im Bereich der öffentlichen
- 21 Daseinsvorsorge im Bildungsbereich zu beenden.
- 22 • befristete Programme, wie die Hochschulpakte, in dauerhafte Bundeszuschüsse zu überführen.
- die Unabhängigkeit der Schulen von Unternehmen. Unternehmen dürfen keinen Einfluss auf
- Lerninhalte nehmen.

- 23 • ~~die HBS auf, eine Studie zu Umfang und qualitativen Aspekten der Privatisierung im~~
24 ~~Bildungsbereich zu erheben, um die gewerkschaftliche Positionsfindung zu unterstützen.~~
- 25 -
- eine Überprüfung der staatlichen Bezuschussung für Projekte von Arbeitgeberverbänden.

Begründung

Deutschland gibt gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) deutlich weniger für Bildung aus als die OECD-Länder im Durchschnitt. Trotz der guten wirtschaftlichen Lage der letzten Jahre wurde die Politik der „schwarzen Null“, sprich Schuldenabbau statt Zukunftsinvestition, weiter vorangetrieben. Die Steuerpolitik seit Ende der neunziger Jahre, die zu einer Umverteilung nach oben durch Entlastung Besserverdienender geführt hat, brachte darüber hinaus erhebliche Steuereinbußen mit sich, die gerade die für Bildung zuständigen Länder und Kommunen finanziell beschneiden.

Folge davon ist ein unterfinanziertes Bildungssystem, das sich durch Personalmangel, marode Kitas/ Schulen/ Berufsschulen/ Hochschulen, qualitativ und quantitativ unzureichende Bildungsangebote und eben die voranschreitende Privatisierung in diesem Bereich auszeichnet.